

http://www.bietigheimerzeitung.de/bz1/news/stadt_kreis_artikel.php?artikel=5759969

INGERSHEIM, 19. JULI 2011

Jetzt schlagen die Gegner zurück

Initiative "Gegenwind Husarenhof" und ihr Kampf gegen das Ingersheimer Windrad

Die Gegner der Windkraftanlage in Ingersheim wollen nicht aufgeben. Sie rufen den Petitionsausschuss des Bundestags an und teilen ordentlich Kritik aus - vor allem in Richtung Landrat.

Die Windkraftgegner der Initiative Gegenwind schießen sich auf Landrat Dr. Rainer Haas ein. In einer Presseerklärung zum Verfahrensstand der Genehmigung einer Windkraftanlage auf der Gemarkung Ingersheim werfen sie in scharfem Tonfall Haas vor, seine "neutrale Haltung" in dem Verfahren verlassen zu haben und Druck auf die ihm übergeordnete Behörde des Regierungspräsidenten ausgeübt zu haben. Der Hintergrund: Der Widerstand gegen die von der Energiegenossenschaft Ingersheim geplante Windkraftanlage vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen. Unter anderem war der Petitionsausschuss des Landtags angerufen worden. Gleichzeitig musste das Regierungspräsidium über Widersprüche gegen die vom Landratsamt in Ludwigsburg erteilte Baugenehmigung entscheiden. Die Widerspruchsbehörde wollte aber erst das Votum des Ausschusses abwarten, bevor eine Entscheidung erfolgen sollte. Dabei berief man sich in Stuttgart auf entsprechende Übereinkommen zur Verfahrensweise.

Landrat Haas, der zurzeit mit der Prüfung des Antrags auf Sofortvollzug der Baugenehmigung befasst ist, hatte Bedenken hinsichtlich der Entscheidungsreihenfolge angemerkt. Er argumentiert verfassungsrechtlich und sagt: "In einem Staat mit Gewaltenteilung ist es Aufgabe der Justiz, die Rechtmäßigkeit der Genehmigung zu überprüfen." Eine Petition dürfe dies nicht verzögern. Will heißen, solange über die Widersprüche nicht entschieden ist, kann dagegen auch nicht geklagt werden. Er sei verblüfft, dass diese Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit seinen Kritikern nicht gegenwärtig seien. Grundsätzlich stehe er nach wie vor neutral zu der Windkraftanlage, das Landratsamt habe das Projekt so sorgfältig wie möglich geprüft.

Die Gegner indessen sehen Regierungspräsident Johannes Schmalzl (FDP) gleich zweifachem Druck ausgesetzt. Neben dem von Landrat Haas, dessen Haltung als "dreist" bezeichnet wird, auch dem der grün-roten Landesregierung, die das Windrad zum Prestigeobjekt hochstilisiere, von dessen Realisierung die weitere Durchsetzung der Energiewende abhängt. Unterschrieben ist die Erklärung von FDP-Mann Walter Müller aus Besigheim, zugleich Sprecher der Initiative "Gegenwind Husarenhof".

Der jetzige Verfahrensstand der Genehmigung ist nach Ansicht der Gegner allein politisch motiviert - mit dem alleinigen Ziel, "möglichst umgehend - auch unter bewusster Außerachtlassung rechtsstaatlicher Grundsätze - den Bau des Ingersheimer Windrades herbeizuführen". Deshalb hätten elf Mitglieder der Initiative (darunter sieben aus Ingersheim) entschieden, eine Petition beim Deutschen Bundestag einzureichen, da man das bisher in Baden-Württemberg praktizierte Verfahren "nur noch als Farce" bezeichnen könne. In ihrer Petition prangern die Windkraft-Gegner Verstöße gegen Gleichheits- und Gleichbehandlungs-Grundsätze sowie den Schutz des Eigentums an.

Der Petitionsausschuss des Landtages hatte am Mittwoch vergangener Woche die Einwände der Petenten gegen die Windkraftanlage zurückgewiesen. In dieser Woche soll die Entscheidung aus dem Regierungspräsidium zu den Widersprüchen den Betroffenen zugehen (wir berichteten).

Redaktion: ANDREAS LUKESCH

s. auch Kommentar von Andreas Lukesch (s.u.)

Ergänzender Kommentar von Andreas Lukesch

http://www.bietigheimerzeitung.de/bz1/news/stadt_kreis_artikel.php?artikel=5760118

BIETIGHEIM-BISSINGEN, 19. JULI 2011

KOMMENTAR - WINDRADGEGNER: Absurder Vorwurf

Die Gegner der Windkraftanlage in Ingersheim beginnen, ihre Schläge unter die Gürtellinie zu setzen. Das ist kein Fair-Play und zudem in hohem Maße ungeschickt. Den Landrat in seiner Neutralität anzugehen, ist absurd und schadet allenfalls der Glaubwürdigkeit der Initiative "Gegenwind". Landrat Haas hat als Jurist auf rechtsstaatliche Vorgaben verwiesen. Das ist legitim und hat nichts mit mangelnder Neutralität zu tun. Man fragt sich schon, warum die Windradgegner nicht strategisch vorgehen, sondern wild um sich schlagen. Besonders peinlich: Die Presseerklärung gipfelt in einer Lobeshymne auf Regierungspräsident Johannes Schmalzl und dessen Berufung zum Generalbundesanwalt. Man befürchtet darüber hinaus, Haas können neuer Regierungspräsident werden (was der umgehend dementierte).

Aber wären sich die Windkraftgegner wirklich sicher in ihren Gegenargumenten, dann würden sie das Verfahren einfach abwarten und dann gegen den Sofortvollzug der Baugenehmigung vor dem Verwaltungsgericht klagen. Dann gäbe es endgültig Rechtssicherheit, aber womöglich fürchtet die Initiative, dass auch die Richter gegen sie entscheiden könnten.

ANDREAS LUKESCH

Redaktion: SWP